

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschusses** der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schlitz

am Donnerstag, dem 11.05.2023,

in den Clubraum der Landesmusikakademie (Ökonomiegebäude) in Schlitz

Legislaturperiode 2021 - 2026

Sitzungsbeginn: 19:01 Uhr

Sitzungsende: 20:59 Uhr

Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschuss:

Gottwald, Gerald, Ausschussmitglied
Alles, Kevin, Ausschussmitglied
Döring, Frank, Ausschussmitglied
Prof. Dr. Hillebrand, Konrad, Ausschussmitglied
Laurinat, Jürgen, Ausschussmitglied
Schäfer, Andreas, Ausschussmitglied
Schäfer, Manuel, stellv. Ausschussmitglied für Landgraf, Markus, Ausschussmitglied
Schittenhelm, Sonja, Ausschussmitglied
Schrödl, Maren, stellv. Ausschussmitglied für Treder, Mario, Ausschussmitglied

Magistrat:

Siemon, Heiko, Bürgermeister
Kreuzer, Willy, Erster Stadtrat
Weber, Paul, Stadtrat
Weppler, Helmut, Stadtrat

bis 20:23 Uhr – Beratungen zu TOP 5

Stadtverordnetenversammlung:

Marxsen, Dr. Jürgen, stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Schriftführer:

Höhl, Steffen, Schriftführer

Presse:

Kreuzer, Walter, Schlitzer Bote

Von der Verwaltung:

Dietz, Alexander, Kaufmännischer Betriebsleiter Stadtwerke Schlitz
Gekkel, Johann, Fachbereichsleiter Bürgerdienste

Nicht anwesend (entschuldigt):

Landgraf, Markus, stv. Ausschussvorsitzender
Tredner, Mario, Ausschussmitglied
Dickert, Sonja, Stadträtin
Dr. Holzapfel, Rüdiger, Stadtrat
Kokel, Marius, Stadtrat
Michel-Herbert, Andrea, Stadträtin

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschusses vom 16.03.2023
2. Errichtung von drei Windenergieanlagen im Bereich Unter-/Ober-Wegfurth durch die Grünwerke GmbH;
hier: Wegenutzungsvertrag
VL-609/XII
3. Errichtung einer weiteren Windenergieanlage im Bereich Breitenbach durch die Grünwerke GmbH;
hier: Wegenutzungsvertrag
VL-610/XII
4. Gründung einer Gesellschaft zum Betrieb von Photovoltaik-Freiflächenanlagen
hier: Gesellschaftsvertrag
VL-621/XII
5. Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung
- Änderungswünsche der Fraktion BLS
hier: weitere Beratung
6. Bedarfsabschätzung Betreuungsplätze in den Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2023 / 2024
hier: Errichtung einer weiteren U3-Gruppe im Regenbogenkindergarten Queck
VL-623/XII
7. Ggfs. weitere Punkte zur Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung
am 15.05.2023

Ausschussvorsitzender Gerald Gottwald eröffnet die Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Hiergegen erheben sich keine Einwände

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschusses vom 16.03.2023

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschuss wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Abstimmung:

Einstimmig
8 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

**2. Errichtung von drei Windenergieanlagen im Bereich Unter-/Ober-Wegfurth durch die Grünwerke GmbH;
hier: Wegenutzungsvertrag**

Nach einer Einleitung durch Ausschussvorsitzenden Gerald Gottwald macht Bürgermeister Heiko Siemon ergänzende Ausführungen.

Er geht insbesondere darauf ein, dass die Entschädigungen am oberen marktüblichen Bereich liegen. Ein Genehmigungsantrag zur Errichtung der Windkraftanlagen ist noch nicht eingereicht worden.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Prof. Dr. Konrad Hillebrand bestätigt Bürgermeister Heiko Siemon, dass es sich zunächst nur um die Entschädigung für die Wegenutzung handelt. Die Nutzungsentschädigung für die Windkraftanlagen frei zu verhandeln ist aufgrund rechtlicher Änderungen relativ schwierig.

Weiterhin fragt Ausschussmitglied Prof. Dr. Konrad Hillebrand nach, ob mit der Zustimmung zum Wegenutzungsvertrag auch eine Zustimmung zur Errichtung der Windkraftanlagen verknüpft ist. Bürgermeister Heiko Siemon führt an, dass ein Genehmigungsverfahren grundsätzlich separat zu betrachten sei.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem vorliegenden Vertrag mit der Grünwerke GmbH, Düsseldorf, über die Wegenutzung zum Zwecke der Errichtung von drei Windenergieanlagen im Bereich Unter-/Ober-Wegfurth wird zugestimmt.

Abstimmung: Einstimmig

**3. Errichtung einer weiteren Windenergieanlage im Bereich Breitenbach durch die Grünwerke GmbH;
hier: Wegenutzungsvertrag**

Auf die Beratungen zu TOP 2 wird verwiesen.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem vorliegenden Vertrag mit der Grünwerke GmbH, Düsseldorf, über die Wegenutzung zum Zwecke der Errichtung einer weiteren Windenergieanlage im Bereich Breitenbach wird zugestimmt.

Abstimmung: Einstimmig

**4. Gründung einer Gesellschaft zum Betrieb von Photovoltaik-Freiflächenanlagen
hier: Gesellschaftsvertrag**

Bürgermeister Heiko Siemon macht Erläuterungen zu den Vertragsparteien. Insbesondere die Energiegenossenschaft Vogelsberg (EGV) ist als Partner für Bürgerbeteiligungen anzuführen. Der prozentuale Anteil von 7 % ist aufgrund der zu erwartenden Finanzvolumina bei der Projektumsetzung gewählt worden. Dies sei der Einstieg in die Thematik. Der Gesellschaftervertrag sei rechtlich/juristisch von den jeweiligen Gesellschaftern geprüft worden.

Ausschussmitglied Prof. Dr. Konrad Hillebrand führt an, dass die bereits längere Diskussion um Bürgerbeteiligung zur Akzeptanzerhöhung im Vertrag nicht enthalten sei.

Bürgermeister Heiko Siemon führt hierzu aus, dass die Gründung der GmbH keine Auswirkungen auf eine mit den Vertragspartnern bereits besprochene Bürgerbeteiligung hat. Insbesondere die EGV sei hier anzuführen, die als Genossenschaft auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort spezialisiert ist. Hier ist beispielsweise auf einen Vorrang der betroffenen örtlichen Bereiche bei Zeichnungsfristen hinzuweisen.

Weitere Rückfragen zu den Gesellschaftsanteilen, der Geschäftsführung und der Stimmverteilung in der Gesellschafterversammlung von Ausschussmitglied Sonja Schittenhelm werden durch Bürgermeister Heiko Siemon beantwortet.

Ausschussmitglied Jürgen Laurinat sieht die Minderheitsbeteiligung kritisch, da die drei Partner die Stadt überstimmen können. Aus seiner Sicht sei es wünschenswert, wenn die Stadt selbst als Projektierer und Betreiber auftritt und sich Kapitalgeber sucht. Auch das Verfahren beim Ausscheiden eines Gesellschafters sei nicht ausreichend geklärt.

Bürgermeister Heiko Siemon macht hier aus seiner Sicht deutlich, dass er derzeit die Stadt selbst außerstande sieht als Planer, Projektierer und Betreiber aufzutreten. Dies sei alleine nicht steuerbar. Unabhängig davon sei dies personell und finanziell nicht leistbar. Hinsichtlich des Verfahrens beim Ausscheiden eines Gesellschafters ist auf die Abfindungsregelungen und die Regelungen in § 7, insbesondere Punkt 9, hinzuweisen.

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Jürgen Marxsen geht noch auf Positionen der BLS-Fraktion ein. Bürgermeister Heiko Siemon gibt einen Ausblick auf mögliche weitere erforderliche Gesellschaftsgründungen und Ausgestaltung bei der Projektumsetzung.

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Schlitz beteiligt sich an einer zu gründenden Kooperationsgesellschaft zum Zweck der Planung, Realisierung und dem Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen im Schlitzerland mit einem Gesellschafteranteil von 7 % bzw. mit einer Bareinlage von 7.000,- Euro.

Abstimmung: Einstimmig
 8 Ja-Stimmen
 1 Enthaltung

5. Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung **- Änderungswünsche der Fraktion BLS** **hier: weitere Beratung**

Nach einer Einleitung des Ausschussvorsitzenden Gerald Gottwald fragt Ausschussmitglied Jürgen Laurinat grundsätzlich nach, wie rechtssicher die Verordnung nach Anpassungen und Änderungen noch sei. Bürgermeister Heiko Siemon führt hier an, dass mit einer Orientierung am Muster derzeit Rechtssicherheit gegeben sei. Daher sollten auch die Änderungswünsche der Fraktionen vor Beschlussfassung einer juristischen Prüfung unterzogen werden.

Ausschussmitglied Kevin Alles signalisiert für die CDU-Fraktion Zustimmung zur Ursprungsfassung.

Durch Ausschussmitglied Prof. Dr. Konrad Hillebrand wird ausführlich dargestellt, dass der Entwurf aus Sicht der SPD-Fraktion so nicht zur Umsetzung kommen sollte.

Durch Einbeziehung des gesamten Schlitzerlandes werden erhebliche Probleme geschaffen, die eine „Regelungswut“ darstellen und so auch nicht kontrolliert werden können. Ein Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung für einzelne Bereiche, unter anderem für den Pfordter See, sei zielführender. Wenn eine Gesamtumsetzung erfolgen sollte, müsste aus seiner Sicht Tatbestand für Tatbestand diskutiert werden.

Bürgermeister Heiko Siemon führt an, dass er den Pfordter See beispielhaft aufgeführt habe, wo es derzeit Probleme bei einer Ahndung gibt. Darüber hinaus werden durch ihn weitere Orte aufgeführt, welche man mit einer Verordnung über alle Stadtteile hinaus erfassen könnte.

Ausschussvorsitzender Gerald Gottwald fasst den Stand der Beratungen kurz zusammen und verweist auf die Beratungen in der letzten Sitzung, wonach seitens der Fraktionen eine schriftliche Rückmeldung vereinbart wurde, um eine juristische Prüfung vornehmen zu können. Seither liegt lediglich die Rückmeldung der BLS vor. Ausschussmitglied Jürgen Laurinat teilt für die FDP-Fraktion mit, dass hier die schriftliche Einreichung kurzfristig erfolgen wird.

Von Ausschussmitglied Prof. Dr. Konrad Hillebrand sollten die Punkte im Ausschuss diskutiert werden und betont erneut, warum aus Sicht der SPD ein Bedarf für das gesamte Schlitzerland nicht gegeben ist und die Gefahr einer Überregulierung mit Kontrolldefizit besteht.

Nach weiteren Beratungen werden durch Ausschussvorsitzenden Gerald Gottwald die Standpunkte zusammengefasst. Die CDU-Fraktion hat zum ursprünglichen Entwurf keine Anmerkungen. Seitens der BLS liegen die Anmerkungen bereits schriftlich vor. Die FDP-Fraktion wird dies kurzfristig schriftlich nachreichen. Die SPD-Fraktion ist für eine punktuelle Anwendung. Die Änderungen wären noch vorzulegen. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass eine Anhörung der Ortsbeiräte bereits erfolgt ist.

Gemäß Ausschussmitglied Prof. Dr. Konrad Hillebrand sollten die einzelnen Regelungen Punkt für Punkt im Ausschuss besprochen werden, um dann seitens der Verwaltung die weiteren Beratungen vorbereiten zu können.

Bürgermeister Heiko Siemon führt hier jedoch an, dass aufgrund der erforderlichen juristischen Prüfung eine schriftliche Vorlage zielführender sei, um darauf aufbauend weiter beraten zu können.

Nach weiteren Diskussionen kommt man überein, dass zunächst die BLS-Fraktion ihre Änderungen vorträgt und begründet. Ausschussmitglied Sonja Schittenhelm sieht für die BLS-Fraktion eine grundsätzliche Notwendigkeit und erläutert anschließend die einzelnen Punkte, wo aus Sicht der BLS Änderungsbedarf besteht. Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Jürgen Marxsen ergänzt, dass auch geprüft werden sollte, ob alle aufgeführten Punkte notwendig sind, wenn diesbezüglich eine gesetzliche bzw. übergeordnete Regelung besteht.

Durch Ausschussmitglied Prof. Dr. Konrad Hillebrand werden anschließend die Punkte aufgeführt, wo nach erster Durchsicht nach Auffassung der SPD Änderungsbedarf besteht. Zum Geltungsbereich wird die Einbeziehung der Feldwege kritisch gesehen. Weiterhin macht er zu § 2 – „Wildpinkeln“, Zelten / § 3 Absatz 4 – Durchsuchung von Mülltonnen / § 4 Abs. 2 – Notdurft von Tieren / § 5 Abs. 1 Ziffer 2 – Fahren mit Fahrradanhängern / § 6 – Rauchen auf Spielplätzen / § 9 – Anmeldung von Nutzfeuern / § 10 – Reifenwechsel auf öffentlichen Straßen / § 11 – Freigabe von Wasserflächen und § 13 – Plakatordnung entsprechende Anmerkungen. Auf Nachfrage führt er an, dass dies nur eine erste Einschätzung sei.

Für die FDP-Fraktion bestätigt Ausschussmitglied Jürgen Laurinat, dass die schriftliche Vorlage kurzfristig erfolgen wird.

Es wird von Bürgermeister Heiko Siemon darum gebeten, sofern noch nicht erfolgt, die Änderungsvorschläge schriftlich der Verwaltung und den Fraktionsvorsitzenden schriftlich innerhalb der nächsten vierzehn Tage vorzulegen. Darauf aufbauend kann dann eine juristische Prüfung und anschließende Aufarbeitung für die weiteren Beratungen erfolgen.

6. Bedarfsabschätzung Betreuungsplätze in den Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2023 / 2024
hier: Errichtung einer weiteren U3-Gruppe im Regenbogenkindergarten Queck

Bürgermeister Heiko Siemon geht auf die dargestellte Bedarfsberechnung für das kommende Kindergartenjahr ein. Es ergibt sich daraus ein Platzbedarf in der U3-Betreuung. Eine räumliche Einrichtung wäre im Regenbogenkindergarten Queck denkbar.

Von Bürgermeister Heiko Siemon wird auf die Kostenberechnung eingegangen. Diese ist zu korrigieren. Auf der Ertragsseite sind die Gebühren monatlich und nicht jährlich aufgeführt. Beim Aufwand ist bei der Jahresbetrachtung lediglich die Abschreibung einzurechnen. Somit ergibt sich ein jährliches Defizit von 100.000 EUR.

In den Beratungen im Magistrat wurde angeregt, eine Beschlussfassung zurückzustellen und im Rahmen einer, ggf. separaten, Ausschusssitzung umfassend zu beraten. Hier sollten neben den Haushaltsbegleitbeschlüssen auch Beratungen zur Gebührenstruktur, insbesondere im U3-Bereich erfolgen. Auch soziale Aspekte und Refinanzierung der Deckungslücke sollten hier nicht unberücksichtigt bleiben. Daher wird der Tagesordnungspunkt bei der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgesetzt. Auch geht er auf die zeitlichen Aspekte ein. Eine Umsetzung sei erst im zweiten Halbjahr, ca. November 2023, möglich.

Nachfragen vom stellv. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Jürgen Marxsen zur Berechnung des Platzbedarfes und zur Kalkulation werden durch Bürgermeister Heiko Siemon beantwortet. Der Platzbedarf ist ohne Einbeziehung auswärtiger Kinder erfolgt.

Abschließend führt Bürgermeister Heiko Siemon an, dass die Thematik der Finanzierung in diesem Bereich auch bei Landtags- und Bundestagsabgeordneten angesprochen werden sollte, um hier Verbesserungen zu erreichen.

Beschluss:

Die weiteren Beratungen werden in einer Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschuss erfolgen. Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

Abstimmung: Abgesetzt

7. Ggfs. weitere Punkte zur Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 15.05.2023

Weitere Punkte zur Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung lagen nicht vor.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen wird die Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsausschuss durch Ausschussvorsitzenden Gerald Gottwald geschlossen

Für die Richtigkeit:

Steffen Höhl
- Schriftführer -